

# türkei infodienst

NR. 52

ERSCHEINT 14-TAGIG

28.3.1983

## BRD

Hürriyet vom 26.3.1983

### Türke, dessen Aufenthaltserlaubnis nicht verlängert wird, beim Todesfasten

Der 21-jährige Türke Ergun Sezen, dessen Aufenthaltserlaubnis nicht verlängert wird, weil er von seiner deutschen Frau geschieden wurde, hat mit dem Todesfasten begonnen. Er kam vor 4 Jahren nach Velbert und verheiratete sich mit einer Deutschen. Nach der Scheidung wollte die Ausländerpolizei Ergun Sezen ausweisen. Als Grund wurde angegeben, daß er bewußt geheiratet und nach der Scheidung seine Rechte verloren habe.

Ergun Sezen wandte sich an das Gericht. Bisher erging noch kein Urteil, aber die Ausländerpolizei verlängert die Aufenthaltserlaubnis für höchstens 3 Monate. Falls er auf irgendeine Weise gerettet werden sollte, würde er aus dem 24-stöckigen Gebäude der Stadtverwaltung in Essen springen und sich so das Leben nehmen.

Hürriyet vom 24.3.1983

### Die Schweiz gibt Mehmet Sener nicht zurück

Das Oberste Gericht der Schweiz hat dem Antrag auf Auslieferung Mehmet Seners, des Mittäters von Mehmet Ali Agca, nicht stattgegeben.

Mehmet Sener, der von Interpol Türkei mit rotem Haftbefehl gesucht wird, war am 22. Februar in Zürich verhaftet worden. Sener, der wegen des Mordes an Abdi İpekci als Mittäter Mehmet Ali Agcas gesucht wird, wandte sich an das Oberste Gericht der Schweiz und forderte seine Nichtauslieferung an die Türkei.

In einer Erklärung zu seinem Beschluß sagte das Oberste Gericht, daß die Türkei nicht garantiert hätte, daß Mehmet Sener nicht unter Todesstrafe angeklagt werde und man deshalb diesen Beschluß gefaßt habe.

Obwohl das Schweizer Justizministerium noch keine Erklärung abgab, berichteten die zuständigen Kreise, daß Mehmet Sener nicht in die Türkei ausgewiesen werde.

Hürriyet vom 23.3.1983

### Deutsche Regierung im Alarmzustand

Die deutsche Regierung, die vom türkischen Außenministerium wegen der neuen Überfallpläne armenischer Terroristen gewarnt wurde, gab dem Innenministerium Alarm. Das deutsche Innenministerium, das die Nachricht erhielt, daß sich die armenischen Terrororganisationen vereinigt und geplant hätten auf die türkischen Diplomaten in Europa neue Anschläge auszuführen, trat sofort in Aktion. Sie legte den Schwerpunkt auf den Schutz der türkischen Diplomaten und offiziellen Einrichtungen im Lande. Die Sicherheitsmaßnahmen vor der Botschaft und den Konsulaten wurden verstärkt.

Der Pressesprecher des Innenministeriums, Kowalsky, sagte dazu: "Das deutsche Außenministerium hat die Mitteilung der türkischen Regierung an uns weitergeleitet. Eine Aktion steht auf der Tagesordnung. Aber ich finde es nicht richtig, die armenischen Terroristen in der

Bundesrepublik interessant zu machen. Die armenischen Terroristen konnten bis zum heutigen Tage in unserem Land nicht in Aktion treten."

Der Sprecher erklärte, daß die Personalien und die Organisationen, der die armenischen Terroristen angehörten, absolut geheimgehalten würden.

Tercüman vom 22.3.1983

### Weizsäcker: "Wir befinden uns mit den Türken in brüderlicher Verbundenheit"

Der Regierende Bürgermeister von Berlin gab der Tercüman vor seinem offiziellen Besuch in der Türkei ein Interview, in dem er zu den Spekulationen über die Ausländerpolitik in Deutschland folgendes sagte: "Ich möchte meine Ansichten zur Lage in Berlin mitteilen. In Berlin sind von 1,9 Mio. Einwohnern 130.000 Türken. Wenn man die Zahl von 220.000 Ausländern in Berlin betrachtet, zeigt das, daß die Türken einen wichtigen Platz einnehmen. Daneben gibt es auch noch eine andere Tatsache: Diese Zahlen zeigen, daß sich der Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung auf 12,5% erhöht hat. Wir bestehen nun auf folgendem: Wir wollen nicht, daß sich diese Zahl noch erhöht. Dies findet seinen Grund auch in den wirtschaftlichen Schwierigkeiten, in denen wir uns befinden.

Wir messen der Integration der in Berlin lebenden Türken und anderen Ausländern große Bedeutung bei. Deshalb haben wir allein in diesem Jahr 27 Mio. DM für Integrationsausgaben zur Verfügung gestellt.

Die Integration der Türken und anderen Ausländer, die hier bleiben werden, und die Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft ist für uns alle von Nutzen. Diejenigen, die hier bleiben werden, müssen zum Thema der Integration in die Gesellschaft ihre Entscheidungen treffen. ..."

Desweiteren sprach sich von Weizsäcker für die Einführung der 6-Jahres-Grenze für das Nachholen von Kindern aus und sagte, daß man diese Forderung der Bundesregierung unterstützen werde und man entschlossen sei, dies in Berlin anzuwenden.

Tercüman vom 20.3.1983

### 150.000 Ausländer stellten in Deutschland einen Asylantrag

Der Staatssekretär im Innenministerium, Carl Dieter Sprange, teilte in einer Erklärung mit, daß von den 150.000 Anträgen 41.857 anerkannt worden seien.

Tercüman vom 18.3.1983

### 9 der separatistischen Türken, die das Frankfurter Büro der Turkish Airlines überfielen, wurden zu leichten Strafen verurteilt

9 der 22 separatistischen Türken, die im vergangenen Oktober das Büro der Turkish Airlines in Frankfurt überfielen, wurden vor dem Jugendgericht angeklagt und zu sehr leichten Strafen verurteilt.

5 von ihnen erhielten je 800 DM Geldstrafe und die restlichen vier wurden dazu verurteilt, 70 Stunden ohne Lohn für das öffentliche Wohl zu arbeiten.

Die übrigen 13 aktionistischen Türken, die älter als 21 sind, werden zu einem späteren Datum vor dem Strafgericht angeklagt werden.

Cumhuriyet vom 13.3.1983

#### **Für die türkischen Arbeiter in Deutschland wurde eine Hilfsstiftung gegründet**

Der Kölner Universitätsprofessor Ernst Klinkmüller, der bekannt ist für sein Interesse an den Problemen der türkischen Landsleute, gründete die 'Hilfsstiftung für Türken', deren Vorsitz er selbst innehat.

Die Ziele der Stiftung erklärte er folgendermaßen: "Feste zur Entwicklung der Türkisch-Deutschen Freundschaft, finanzielle Unterstützung von Vereinen, die solche Feste veranstalten, Einrichtung von umfassenden Berufskursen für die türkischen Jugendlichen in der Bundesrepublik, Gewährleistung ihrer Ausbildung, kostenloses Ausfüllen des Lohnsteuerjahresausgleiches durch Fachleute, Vorbereitung von touristischen Fahrten als Hilfe zur Integration, kostenlose Auskunft zu Versicherungs- und Rechtsfragen und die Einrichtung von Deutschkursen."

Zum Thema Cemal Kemal Altun:

Tercüman vom 24.3.1983

#### **Die Deutschen liefern den Terroristen Altun nicht aus**

Von Seiten der zuständigen bundesdeutschen Kreise wurde mitgeteilt, daß die Auslieferung des in Zusammenhang mit der Ermordung des ehemaligen Zoll- und Monopolminister Gün Sazak angeklagten Cemal Kemal Altun, trotz der erreichten Übereinstimmung nicht vorgenommen wurde.

Nach Auskunft der Polizeidirektion wurde den aufgrund der Übereinkunft in die Bundesrepublik Deutschland gekommenen Beauftragten mitgeteilt, daß Cemal Kemal Altun jetzt nicht ausgeliefert werde, da er einen Antrag auf Asyl gestellt habe.

Auf Anordnung von Ankara waren die Beauftragten gezwungen, wieder in die Heimat zurückzukehren ohne den Angeklagten mitzunehmen.

Hürriyet vom 22.3.1983

#### **In Hamburg gab es eine Demonstration für den Terroristen Altun**

Nach der Ablehnung des Antrages auf Stopp der Auslieferung des türkischen Terroristen Kemal Altun durch das Bundesverfassungsgericht führten ca. 200 extremistische Türken in Hamburg eine Demonstration durch. Die Demonstranten, die zum Konsulat gehen wollten, wurden von der Polizei zerstreut.

Die 200 extremistischen Türken demonstrierten mit Fackeln in den Händen während der Abendstunden im Stadtzentrum. Sie wollten die Demonstration vor dem türkischen Konsulat fortsetzen. Die deutsche Polizei schnitt

den linken Militanten den Weg ab und zerstreute die Gruppe. Es wurde niemand verwundet.

Tercüman vom 20.3.1983

#### **Das bundesdeutsche Verfassungsgericht wies den Antrag des Terroristen Kemal Altun zurück**

Das Bundesverfassungsgericht wies den Antrag von Cemal Kemal Altun auf Stopp der Auslieferung in die Türkei zurück, indem es darauf hinwies, daß Cemal Kemal Altun, dessen Auslieferung in die Türkei beschlossen wur-

de, sich zur Zeit in Berlin befinde und unter der Kontrolle der Alliierten Kräfte stehe.

Außerdem erhöhte sich der Druck einiger Kreise, Cemal Kemal Altun nicht auszuliefern. Unter diesen befinden sich der Vorsitzende der SPD, Brandt, die Jungsozialisten und der Vorsitzende des Europaparlamentes, Dankert.

Hürriyet vom 19.3.1983

#### **Verfassungsgericht wies den Antrag des Terroristen Kemal Altun zurück**

Das Gericht befand nach den ersten Untersuchungen die angeführten Gründe als unzureichend. Kemal Altun hatte in seinem Antrag vorgebracht, daß die Auslieferung von in Berlin lebenden Ausländern dem Viermächte-Abkommen widerspreche und, daß er außerdem einen Asylantrag gestellt habe.

Nach der Entscheidung des Verfassungsgerichtes bleibt für die Auslieferung Kemal Altuns an die Türkei kein rechtliches Hindernis mehr.

Hürriyet vom 17.3.1983

#### **Die türkische Polizei übergab 6 deutsche Abgeordnete**

2 türkische Polizisten, die sich in unserem Frankfurter Hauptkonsulat als Schutzbeauftragte befinden, nahm 6 deutsche Abgeordnete, die vor dem Konsulat demonstrierten mit vorgehaltener Waffe fest und übergab sie der deutschen Polizei.

Gegen die 6 Abgeordneten, die Mitglieder der Partei der Grünen sind, wurde ein Verfahren wegen Ruhestörung eröffnet.

Die Abgeordneten hatten sich vor dem Konsulat versammelt, um die Auslieferung von türkischen Terroristen an die Türkei zu stoppen. Die Demonstranten behaupteten, daß der in Zusammenhang mit der Ermordung des ehemaligen Zoll- und Monopolministers Gün Sazak in der Bundesrepublik inhaftierte Kemal Altun in der Türkei hingerichtet werde. Sie wollten am Konsulatsgebäude ein Plakat mit der Aufschrift 'Auslieferung ist ein Verbrechen' aufhängen.

Daraufhin stürzten die beiden Schutzbeauftragten mit Pistolen in den Händen nach draußen und übernahmen die Demonstranten, unter denen sich auch die 6 Abgeordneten befanden. Bis zum Eintreffen der deutschen Polizei hielten sie sie im Garten des Konsulats fest.

Hürriyet vom 17.3.1983

#### **Linke Kreise in Deutschland nehmen sich eines türkischen Terroristen an**

Die Auslieferung des in der Türkei im Zusammenhang mit der Ermordung des ehemaligen Zoll- und Monopolministers und Generalsekretärs der aufgelösten Partei der Nationalistischen Bewegung, Gün Sazak, gesuchten Terroristen Kemal Altun wird von der deutschen Regierung noch einmal überprüft.

Nach einer Erklärung des Rechtsanwaltes von Altun, Wolfgang Wieland, wird die Situation des Terroristen, vorgestern in die Türkei ausgeliefert werden sollte, von den zuständigen deutschen Kreisen noch einmal überprüft und danach der endgültige Beschluß über Auslieferung oder Nichtauslieferung gefaßt werden.

Wie bekannt ist, war gegen die Auslieferung Altuns in die Türkei von einigen politischen Kreisen auf scharfe Weise protestiert worden. Mit diesem Ziel hatten extremistische linke Gruppen unser Hauptkonsulat in Frankfurt überfallen und den Stopp der Auslieferung gefordert. Die Jungsozialisten forderten in einem Aufruf an den Außenminister Hans-Dietrich Genscher, Cemal Kemal Altun nicht auszuliefern. Die internationale Hilfsorganisation 'Terre des Hommes' behauptete in einem Schreiben an Bundes-

kanzler Kohl und den Regierenden Berliner Bürgermeister Weizsäcker, daß für den Fall, daß Altun in die Türkei zurückkehre, ihn dort die Todesstrafe erwarte. Sie stellte fest, daß dies gegen die deutsche Verfassung verstoße.

## Demokratisierung

Günes vom 13.03.1983

### 40 Lehrer wurden entlassen

Im Schuljahr 1982/83 wurden 40 Lehrer an Grund- und Realschulen in Izmir auf Empfehlung der Kriegrechtskommandantur aus verschiedenen Gründen entlassen. Auf der anderen Seite sind zwei Professoren und 1 Dozent der Ägäis-Universität zurückgetreten.

Tercüman vom 16.03.1983

### Die Polizei darf Telefone abhören

Falls das Gesetz über die Aufgaben und Kompetenzen der Polizei in Kraft tritt, darf die Polizei auf schriftlichen Befehl des Gouverneurs Telefone abhören. Der Gesetzesentwurf des Innenministeriums wurde im Kabinett verhandelt. Demnach gelten Polizisten in Uniform auch außerhalb ihres Einsatzortes als im Dienst und können bei Vorfällen eingreifen. Des weiteren hat die Polizei das Recht, Verdächtige für 48 Stunden festzuhalten. Handelt es sich bei dem Vorfall um eine Massensache, so können die Verdächtigen bis zu 15 Tagen festgehalten werden. Zur Verhinderung einer schweren Straftat oder zur Verhaftung eines Verdächtigen kann die Polizei ohne Erlaubnis Arbeitsplätze und Wohnungen durchsuchen. Alle Nachrichten über die Post oder private Kanäle können kontrolliert werden.

Der Entwurf sieht weiter vor, daß ein Polizist, der im Dienst gezwungen war, die Waffe zu benutzen, ohne Inhaftierung angeklagt wird. Ein solcher Polizist wird nicht aus dem Dienst entfernt und seine Anwaltskosten übernimmt das Polizeipräsidium.

Hürriyet vom 16.03.1983

### Die Versammlung hat die Staatssicherheitsgerichte anerkannt

Der Gesetzesentwurf zur Einrichtung der Staatssicherheitsgerichte (DGM), die sich mit den Vergehen gegen den Staat auseinandersetzen sollen, wurde angenommen. Die DGM werden in der Art von Strafgerichten sein, aber mit einem Militärrichter und zwei zivilen Richtern arbeiten. Sollte in bestimmten Gebieten der Ausnahmezustand ausgerufen werden, so bekommen die DGM die Eigenschaft von Militärgerichten. Wer den Ordnungsrahmen der Gerichte durch Äußerungen oder entsprechende Verhaltensweisen stört, kann mit Publikationsverbot belegt werden, bei Übertretung des Verbots wird eine Strafe zwischen 3 und 6 Monaten erteilt.

Günes vom 17.03.1983

### Neue Beschränkungen für ehemalige Parteigliedrige

Es wurde in Erfahrung gebracht, daß in dem Parteiengesetz neue Einschränkungen bezüglich ehemaliger Angehöriger der Parteien eingeführt werden sollen. In einem Übergangartikel wird daraufhin der Anteil ehemaliger Parteigliedriger festgelegt, von dem es heißt, daß der Anteil nicht ein Drittel übersteigen soll. Des weiteren wurde mitgeteilt, daß solche Politiker, die sich nicht an die Verbote nach dem 12. September gehalten haben, mit einem Verbot des passiven Wahl-

rechts' belegt werden sollen.

Cumhuriyet vom 18.03.1983

### Verbot von 5 Jahren für die Provinzvorsitzenden

Die Beratungen im Nationalen Sicherheitsrat zu dem Parteiengesetz gehen weiter. In der gestrigen Sitzung wurde der Vorschlag, auch für die Provinzvorsitzenden der alten Parteien ein 5-jähriges Verbot der politischen Betätigung zu erlassen, diskutiert. Die Einschränkungen sollen generell erweitert werden. So gibt es eine Tendenz, maximal ein Viertel der Parteimitglieder aus alten Parteien übernehmen zu können.

Cumhuriyet vom 19.03.1983

### Der pensionierte General Özer wurde Mitglied des Hochschulrates

Nachdem durch das Ausscheiden von Sefik Erensu ein Platz im Hochschulrat (YOK) freigeworden war, hat das Kabinett die Ernennung des pensionierten Orgenerals Nihat Özer beschlossen. Gleichzeitig wurde er aus dem Vorstand des Generalstabs entlassen. Dieser Beschluß wurde durch den Staatspräsidenten Kenan Evren unterzeichnet und bekam durch Veröffentlichung im Amtsblatt Rechtskraft.

Tercüman vom 23.03.1983

### Erziehungsministeriums gab bekannt, daß es in 2.076 Dörfern keine Schule gibt

Erziehungsminister Hasan Saglam gab bei der Versammlung mit den Erziehungsdirektoren aus 19 Provinzen bekannt, daß es noch 2.076 Dörfer ohne Schule gebe und man plane, in allen Dörfern eine Schule einzurichten. Er führte weiter aus, daß in diesem Jahr geplant sei, in 840 Dörfern 1.215 Büchereien einzurichten und Unterkunft für 3.301 Lehrer zu schaffen. Die Versammlung wird drei Tage dauern.

## Wirtschaft

Tercüman vom 23.2.1983

### Für unqualifizierte Arbeiter kann man keine Arbeit finden

Von 32 Landsleuten, die Arbeit suchen, kann nur für 1 mit Hilfe des Staates Arbeit gefunden werden. Die anderen versuchen, mit ihren eigenen Möglichkeiten Arbeit zu finden.

Nach den Angaben des Staatlichen Planungsamtes wird geschätzt, daß die Einwohnerzahl der Türkei sich in diesem Jahr auf 48 Mio. belaufen wird. Die Zahl der arbeitenden Bevölkerung in der Gruppe der 15-64 jährigen beträgt ca. 28 Mio. Hiervon sind 9,65 Mio. Hausfrauen, Schüler, Studenten, Rentner und Soldaten. Die verbleibenden 18,35 Mio. stellen die zivile Arbeitskraft in unserem Lande dar.

Nach den offiziellen Angaben sind von der arbeitenden Bevölkerung in der Landwirtschaft (10 Mio.) nur 700.000 heimliche Arbeitslose. Die Arbeitslosenzahl in Industrie und Landwirtschaft wird mit 3,7 Mio. angegeben.

Wenn man die Ansicht für richtig betrachtet, daß es in der Landwirtschaft einige Millionen heimliche Arbeitslose gibt, dann wird klar, daß die Arbeitslosigkeit in unserem Lande gefährliche Dimensionen erreicht. Diejenigen, die diesen Standpunkt vertreten, nehmen an, daß es in Türkei 6-7 Mio. Arbeitslose gibt.

Cumhuriyet vom 19.3.1983

#### Der Rahmen für Massenentlassungen wird erweitert

Auch der Entwurf zur Veränderung des Arbeitsgesetzes Nr. 1475 hat seine letzte Form erhalten. Nach § 7 der Vorlage kann ein Arbeiter dann fristlos entlassen werden, wenn er sich an der Vorbereitung und Anwendung eines gesetzwidrigen Streiks beteiligt. Laut § 4 der Vorlage reicht für eine Kündigung die persönliche Lage oder das Verhalten des Arbeiters. Ein Grund für die Kündigung ist auch die Verurteilung eines Arbeiters zu einer Gefängnisstrafe.

Auch der Rahmen für Massenentlassungen wird erweitert. Die Arbeitsverwaltung des jeweiligen Bereiches fällt einen Beschluß über die Massenentlassung innerhalb eines Monats nach dem Antrag. Sollte in dieser Zeit kein Beschluß zustandekommen, gilt der Antrag als genehmigt.

Cumhuriyet vom 16.3.1983

#### Die Leitung der Istanbul- und der Hisar-Bank wurde vom Finanzministerium übernommen

Das Finanzministerium hat das Management der beiden Banken übernommen. Den Vorstandsmitgliedern der beiden Banken wurde mitgeteilt, daß sie des Dienstes enthoben seien. Neue Vorstandsmitglieder wurden eingesetzt. Ein Verantwortlicher des Finanzministeriums erklärte, daß die Zwangsübernahme der beiden Banken keinesfalls die Liquidierung zu bedeuten habe. Er teilt ferner mit: " Unser Ziel ist es, diese Banken zu retten und in das türkische Finanzsystem einzugliedern. Es sei denn, die neu eingesetzten Vorstände finden eine ganz andere Finanzlage vor. "

Günes vom 15.3.1983

Die Türk-Is behauptet, daß 92 Paragraphen in den neuen Gesetzesvorlagen zur Ordnung des Arbeitslebens gegen die Arbeiter gerichtet seien...

In einer Erklärung forderte der Vorstand der Türk-Is, anstatt in den Gesetzen Veränderungen vorzunehmen, Unzulänglichkeiten zu beseitigen. Nach der Verlautbarung sind die Sorgen der Türk-Is folgende:

1. Die Forderungen der Arbeitgeber, die hinzielen auf die Einschränkung der Arbeiterrechte und -freiheiten, spiegeln sich in einem Teil der Verordnungen in den Vorlagen wieder
2. Die Erschwerung der Gewerkschaftsgründung und der Mitgliedschaft. Dieses grundlegende Recht wird durch die Verbeamtung der Arbeiter beeinträchtigt
3. Die Arbeiter müssen die Gewerkschaftsführer frei wählen können. Diese grundlegende Freiheit wird in der Vorlage beschränkt, indem das Recht der Gewerkschaftsführer auf freie Vertretung der Arbeiter begrenzt wird
4. Die Arbeiter müssen ihre Tätigkeiten und Arbeitsprogramme mit Hilfe der Gewerkschaft frei bestimmen können. Die Vorlage bringt zusätzlich zur Einschränkung des Rechts auf Tarifverhandlungen und Streik eine Isolierung der Arbeiter und ihrer Organisationen und damit eine generelles Verbot der politischen Betätigung
5. Die Gewerkschaften müssen vor willkürlichen Maßnahmen und Beschlüssen kommender Regierungen durch gesetzliche Sicherheiten geschützt werden. Es zeigt sich, daß diese grundlegende Sicherheit in der Vorlage nicht genügend berücksichtigt wurde und der Regierung ein breites Einflußrecht zugestanden wurde mit der Möglichkeit des Mißbrauchs in der Zukunft
6. Die Gewerkschaften und Arbeiter müssen in internationalen freien Organisationen unbeschränkt Mitglied sein können. In der Vorlage wird dieses Recht aufgehoben

7. Nach der Vorlage wird der Gebrauch des Streikrechts und des Rechts auf Tarifverhandlungen erschwert.

## Menschenrechte

### a) HINRICHTUNGEN

Seit dem 12.09.1980 wurden in der Türkei 41 Menschen durch den Strang hingerichtet.

### b) TODESSTRAFEN

18.03.1983	Muhlis Bozkurt	in Elazig
27.03.1983	ohne Namen	in Izmir

Seit dem 12.09.1980 wurden damit 177 Menschen zum Tode verurteilt.

### Bestätigungen

22.03.1983	M. Basaran	BV
23.03.1983	S. Yigit	BV

### c) ANTRÄGE AUF TODESSTRAFE

15.03.1983	15 Rechte	in Istanbul
16.03.1983	14 Linke	in Istanbul
21.03.1983	13 Schmuggler	in Ankara
25.03.1983	7 Linke	in Istanbul
24.03.1983	4 Rechte	in Istanbul

Seit dem 12.09.1980 wurde in 5.333 Fällen die Todesstrafe beantragt.

### d) PROZESSE

Cumhuriyet vom 12.03.1983

Gegen die Funktionäre von Petkim-Is wurde ein Verfahren eröffnet

Gegen die Gewerkschaft im DISK-Verband, Petkim-Is, wurde in Istanbul ein Verfahren gegen 48 leitende Funktionäre eröffnet, von denen sich 7 in Haft befinden. Es wird eine Haftstrafe zwischen 6 und 20 Jahren gefordert.

Cumhuriyet vom 15.03.1983

#### Verfahren gegen Rizgari

Vor dem Militärgericht in Istanbul wurde ein Verfahren gegen 23 Mitglieder der illegalen Organisation Rizgari (Özgürlük Yolu) eröffnet. Die Staatsanwaltschaft fordert aufgrund der §§ 171/1, 497, 31 und 33, sowie dem Gesetz -Nr. 6136 Haftstrafen zwischen 8 und 30 Jahren.

Günes vom 16.03.1983

#### Neuer TKP-Prozeß

Vor dem Militärgericht in Istanbul begann ein Prozeß gegen 6 Mitglieder der Kommunistischen Partei der Türkei. Unter den Angeklagten befindet sich das Mitglied der Istanbul Anwaltskammer und Chefredakteur der Zeitschrift für Anwälte, Turgan Arinur, sowie die Theaterleiter Ali Erol Taygun, Hüseyin Ay und der Schriftsteller und Übersetzer Ataoğul Behramoglu.

Günes vom 17.03.1983

#### Aziz Nesin angeklagt

Gegen den Schriftsteller Aziz Nesin wurde ein Prozeß

wegen des Buches 'Az Gittik, Uz Gittik' (Wenig und langsam sind wir gegangen), in dem er die Kolumnen der Zeitung 'Aksam' aus dem Jahre 1956 zusammengestellt hatte, eröffnet. Das Buch war in der Zwischenzeit in 6 Auflagen erschienen.

Cumhuriyet vom 17.03.1983

#### Das Ceyhan Dev-Yol Verfahren ging zu Ende

Das vor dem Militärgericht in Adana am 8. Februar 1981 begonnene Verfahren Ceyhan Dev-Yol ging zu Ende. Während 20 Angeklagte zu Freiheitsstrafen zwischen 3 und 13 Jahren verurteilt wurden, wurden 19 Angeklagte freigesprochen.

Cumhuriyet vom 18.03.1983

#### Das Kastamonu Dev-Yol Verfahren ging zu Ende

Im Verfahren der Organisation Dev-Yol aus der Provinz Kastamonu wurden vor dem Militärgericht in Ankara die Urteile gefällt. Vier der Angeklagten erhielten eine Haftstrafe zwischen 4 und 8 Jahren und 18 Angeklagte wurden freigesprochen.

Hürriyet vom 19.03.1983

#### Yılmaz Güney wegen Kommunismuspropaganda bestraft

Vor dem Militärgericht Nr. 2 wurde der Filmkünstler Yılmaz Güney in Abwesenheit zu einer Freiheitsstrafe von 2,5 Jahren Zuchthaus (das Strafmaß wird in Tercüman und Cumhuriyet mit 7,5 Jahren angegeben, tid) verurteilt. Damit hat sich die gesamte Freiheitsstrafe gegen Yılmaz Güney auf 22,5 Jahre erhöht.

Tercüman vom 19.03.1983

#### Das Fatsa Dev-Yol Verfahren

In dem Fatsa Dev-Yol Verfahren vor dem Militärgericht in Amasya meldete sich der Militärstaatsanwalt Halit Cengiz zu Wort, und gab an, daß die Angeklagten seit dem Beginn der Vernehmung vor Gericht, organisiertes Verhalten gezeigt haben. Sie haben die Aussage vor Gericht verweigert. Er führte weiter aus, daß sie sich von keiner Stelle beeinflussen lassen, keine Angst vor irgendeiner Organisation haben und sich für die Durchsetzung der Gerechtigkeit bis zu Ende einsetzen werden.

Hürriyet vom 20.03.1983

#### Das KAWA-Verfahren mit 75 Angeklagten ging zu Ende

Vor dem Militärgericht in Elazığ ging das Verfahren gegen 75 Angeklagte der illegalen Organisation KAWA zu Ende. Das Gericht verurteilte einen Angeklagten zum Tode, 4 zu einer lebenslänglichen Haftstrafe und verhängte gegen 38 Angeklagte Haftstrafen zwischen 3 und 24 Jahren. 32 Angeklagte wurden freigesprochen.

Hürriyet vom 20.03.1983

#### Der armenische Priester wurde zu 14 Jahren verurteilt

Das Militärgericht Nr. 1 in Istanbul verurteilte den armenischen Priester Hayko Manuel Aldemir zu einer Haftstrafe von 14 Jahren, weil er unter Ausnutzung seiner Position als Glaubensvertreter im Ausland Aktivitäten gegen die Türkei gemacht hatte. Das Gericht sprach den Priester gleichzeitig von dem Vorwurf des Separatismus und der Beleidigung von Atatürk frei.

Hürriyet vom 20.03.1983

#### 5 Unteroffiziere von THKP/C Kurtulus wurden zu je 7,5 Jahren Haft verurteilt

Das Militärgericht in Istanbul verurteilte 5 Unteroffiziere wegen Mitgliedschaft in der bewaffneten Bande mit Namen THKP/C Kurtulus zu je 7,5 Jahren Freiheitsstrafe und ordnete die Entlassung aus der Armee an. 4 weitere Unteroffiziere wurden von dem gleichen Vorwurf freigesprochen.

Cumhuriyet vom 21.03.1983

#### Im Fatsa Dev-Yol Prozeß wurden 66 Angeklagte freigelassen

Der Prozeß gegen 768 Angehörige der Organisation THKP/C Dev-Yol wird vor dem Militärgericht in Amasya fortgeführt. Zu dem Prozeß werden die Verdächtigen des Vorfalles Nr. 25 vorgeführt. Aufgrund eines Gerichtsbeschlusses werden die Angeklagten gruppenweise verhört. Von den bisher verhörten Angeklagten wurden 66 aus der Haft entlassen.

Cumhuriyet vom 22.03.1983

#### Das Militärgericht erklärte sich im Fall von Yenersu für nicht zuständig

Der Prozeß gegen die Theaterschauspielerin Isik Yenersu wurde vor dem Militärgericht in Ankara gestern durchgeführt. Das Gericht erkannte dabei auf Nichtzuständigkeit, weil bei dem Vortrag der Gedichte von Nazim Hikmet in Paris keine organisatorische Verbindung zu erkennen war. Der Fall wurde an das Strafgericht in Ankara weitergeleitet.

Cumhuriyet vom 23.03.1983

#### Im TKP-ML Partizan Verfahren wurden 5 Angeklagte verurteilt

In Ankara wurden 5 Angeklagte verurteilt, weil sie sich an den Aktionen der Organisation mit Namen TKP/ML Partizan beteiligt hatten. Die Angeklagten erhielten zwischen 3 und 6 Jahren Freiheitsstrafe. 2 weitere Angeklagte wurden freigesprochen. Das Verfahren hatte ursprünglich 29 Angeklagte umfaßt, von denen die Strafen von 21 Angeklagten schon durch das militärische Revisionsgericht bestätigt worden waren.

Hürriyet vom 23.03.1983

#### Gegen den ehemaligen Bürgermeister von Diyarbakir, Mehdi Zana, wird eine Haftstrafe von 22 Jahren, 8 Monaten gefordert

Im Verfahren gegen die als Özgürlük Yolu in der Öffentlichkeit bekannte Organisation TKSP begann der Militärstaatsanwalt vor dem Militärgericht in Diyarbakir sein Plädoyer. Er führte aus, daß die Organisation im Jahre 1975 von dem Anwalt Kemal Burkay und seinen Freunden gegründet worden ist und sich Mehdi Zana später auch der Partei angeschlossen habe. Als Kandidat von Özgürlük Yolu habe er sich 1977 an den Wahlen zum Bürgermeister beteiligt. Wegen des Vorwurfes, in eine illegale Partei eingetreten zu sein, für sie gearbeitet zu haben, Benutzung eines gefälschten Ausweises, unerlaubten Waffenbesitzes und Beleidigung der Polizei wird gegen den ehemaligen Bürgermeister von Diyarbakir, Mehdi Zana, eine Haftstrafe von 22 Jahren, 8 Monaten gefordert.

Hürriyet vom 23.03.1983

### Im Fatsa Dev-Yol Verfahren verteidigten sich die Angeklagten nicht

Das Fatsa Dev-Yol Verfahren wurde mit der Befragung der Verdächtigen für die Vorfälle Nr. 25 und 26 fortgeführt. Die Beschuldigten haben auch gestern sich vor Gericht nicht verteidigt, weil sie nicht gemeinsam zum Prozeß gebracht worden waren.

Cumhuriyet vom 24.03.1983

### Das Verfahren gegen Emegin Kurtulusu Yolunda Isik ging zu Ende

Das vor dem Militärgericht Nr. 2 in Ankara durchgeführte Verfahren gegen die Organisation Emegin Yolunda Isik (Licht auf dem Weg der Befreiung der Arbeit) ging zu Ende. 2 Angeklagte wurden zu einer Haftstrafe von 36 Jahren verurteilt, 12 Angeklagte erhielten Haftstrafen zwischen 3 Monaten und 27 Jahren und 7 Angeklagte wurden freigesprochen.

Cumhuriyet vom 24.03.1983

### In Erzincan wurden 14 Angeklagte verurteilt

Gegen 14 Mitglieder der UYDG, die in Sinop parallel zur TDKP Aktivitäten entfaltet hatten und Mitglied der illegalen Organisation Halkin Kurtulusu sind, wurden Haftstrafen zwischen 3 Jahren, 4 Monaten und 10 Jahren ausgesprochen.

Hürriyet vom 25.03.1983

### Ein neuer Prozeß mit 7 geforderten Todesstrafen

Vor dem Militärgericht in Istanbul wurde ein Verfahren gegen 9 Verdächtige der TDKP eröffnet, von denen in 7 Fällen die Todesstrafe gefordert wird. Damit hat sich die Zahl der Angeklagten der TDKP auf 273, die Zahl der geforderten Todesstrafen auf 39 erhöht.

Hürriyet vom 25.03.1983

### Funktionäre von Kristal-Is angeklagt

Vor dem Militärgericht Nr. 3 in Istanbul begann ein Prozeß gegen 25 Funktionäre der Gewerkschaft Kristal-Is, die der Türk-Is angeschlossen ist. Gegen sie wird eine Haftstrafe zwischen 6 Jahren, 8 Monaten und 20 Jahren gefordert.

Hürriyet vom 25.03.1983

### Der von Deutschland ausgelieferte Terrorist wurde zu 36 Jahren verurteilt

Levent Beken, der vor dem 12. September 1980 wegen Banküberfall, Raub, Beschießung der Polizei und Tragen von Waffen gesucht worden war und nach der Auslieferungsvereinbarung aus Deutschland ausgeliefert wurde, wurde jetzt vor dem Militärgericht in Canakkale erneut zu einer Haftstrafe von 36 Jahren verurteilt. Nach der ersten Verurteilung hatte das militärische Revisionsgericht das Urteil aufgehoben, da Levent Beken als gewöhnlicher Krimineller zu behandeln sei und der § 146/1 nicht angewendet werden dürfe.

Hürriyet vom 26.03.1983

### Die Funktionäre von Hürcam-Is werden angeklagt

Vor dem Militärgericht Nr. 2 in Istanbul begann der Prozeß gegen 14 Funktionäre der Hürcam-Is, die der DISK

angeschlossen ist. Weil die Gewerkschafter die Organisation in eine illegale Vereinigung veränderten, wird gegen sie eine Haftstrafe zwischen 6 Jahren, 8 Monaten und 20 Jahren gefordert.

Hürriyet vom 27.03.1983

### Im DISK-Verfahren wurden die Vernehmungen abgeschlossen

Nachdem im DISK-Verfahren mit 75 Angeklagten und 65 geforderten Todesstrafen der letzte Zeuge bezüglich des ehemaligen Istanbul Bürgermeisters Ahmet Isvan gehört worden ist, haben die Richter die Verhandlungen für 27 Tage bis zum 22.04.1983 ausgesetzt. Der Prozeß wird dann mit der Verlesung der schriftlichen Beweismittel fortgeführt werden.

Am letzten Verhandlungstag haben 22 Angeklagte unter ihnen der Generalsekretär Fehmi Isiklar einen Antrag auf Haftentlassung gestellt. Isiklar machte dabei auf die Tatsache aufmerksam, daß die Haftbedingungen die Gesundheit bedrohen und behauptete, daß sie keine Dinge, wie Papier und Schreibutensilien bekommen. Alle Anträge auf Haftentlassung wurden abgelehnt.

Hürriyet vom 27.03.1983

### Im TKP-Verfahren wurden 9 Angeklagte freigelassen

Im Verfahren gegen die Kommunistische Partei der Türkei (TKP) in Ankara wurde die Haftentlassung von 9 Angeklagten beschlossen.

## e) VERHAFTUNGEN

*In Ankara wurden 12 Militante der Organisation Dev-Yol zusammen mit dem Schulmaterial, das sie vorher benutzt hatten, festgenommen.*  
(Cumhuriyet vom 19.03.1983)

*In Kesan wurden 47 Personen, darunter 20 Frauen festgenommen, da sie sich gegen die Gendarmerie gewandt hatten, die in einem Streit um Landbesitz schlichtete wollte.*  
(Cumhuriyet vom 23.03.1983)

*In Siirt wurden 5 Personen gefaßt, gegen die Haftbefehle verschiedener Gerichte vorlagen.*  
(Hürriyet vom 25.03.1983)

*In den letzten Tagen wurde der Waffen-Mafia schwere Schläge erteilt. Am Schwarzen Meer wurde eine Bande von 6 Personen gefaßt, am gleichen Tag in Elazig Ali Acmak und ein Kompanion. In Gaziantep wiederum wurde ein Rauschgiftschmuggler gefaßt. Bei Operationen in den Kreisen Menemen und Aliaga der Provinz Izmir wurden 44 Personen gefaßt, die Waffen hergestellt und geschmuggelt hatten.*  
(Hürriyet vom 27.03.1983)

## f) MORDE

Hürriyet vom 26.03.1983

### Bei der Auseinandersetzung fielen drei Sicherheitsbedienstete

Aufgrund einer Mitteilung der Abteilung für Presse und Beziehungen zur Bevölkerung, wurde festgestellt, daß am 24. März 1983 in Sefaköy/Istanbul eine Durchsuchung stattgefunden hat. Bei der sich gegen 01.20 Uhr entwickelnden Auseinandersetzung zwischen den Sicherheitskräften und den Angehörigen der blutigen Mordorganisation TIKB wurden zwei Terroristen tot festgenommen und drei Polizisten fielen.

Hürriyet vom 25.03.1983

#### In Darica wurde eine männliche Leiche gefunden

Auf einem Feld wurde in der Gegend von Kurucesme bei Darica/Gebze eine erschossene männliche Leiche gefunden. Die ersten Ermittlungen ergaben, daß es sich um Sükrü Sin aus Bingöl handelt. Die Ermittlungen dauern an.

#### f) FOLTER

Cumhuriyet vom 15.03.1983

#### Der Dev-Yol Prozeß von Ankara

... Der Anwalt Emin Deger, der am Ende der Verhandlung ein Schreiben übergab, führte aus, daß sein Mandant Mehmet Hassoy erneut zur Polizei gebracht worden sei und er zu einem Vorfall aus der Anklageschrift befragt worden sei. Anwalt Deger forderte, daß man diese Aussage zu dem Verfahren hinzuziehe. Dieser Antrag wurde durch das Gericht abgelehnt.

Cumhuriyet vom 18.03.1983

#### Drei Polizisten bekamen Haftstrafen

Das Militärgericht der 8. Armee verurteilte drei Polizisten wegen Totschlag des Häftlings *Haydar Sonmez*, der als Partizan-Angehöriger verhaftet worden war, zu je 4 Jahren und 2 Monaten Haft. Der Vorfall hatte sich im letzten Jahr ereignet, als Haydar Sonmez bei einer Operation in Tunceli festgenommen wurde. Bei dem Verhör war ihm schlecht geworden und trotz aller Eingriffe im Militärkrankenhaus von Elazig konnte er nicht gerettet werden und verstarb am 5.3.1983 (hier muß es wohl 5.3.82 heißen, tid). Die drei vernehmenden Polizisten wurden jetzt am 15.3.1983 zu einer Haftstrafe von je 4 Jahren und 2 Monaten verurteilt.

Cumhuriyet vom 22.03.1983

#### Das Kurtulus-Verfahren

Im Kurtulus-Verfahren vor dem Militärgericht Nr. 2 in Ankara wurden die Zeugen vernommen. Der stellvertretende Kommissar Mustafa Onen sagte, daß er sich an Einzelheiten der Vernehmung nicht mehr erinnere. Er erinnere sich nur daran, daß der Angeklagte Mustafa Kacaroglu von Istanbul nach Ankara gebracht worden sei.

Der Angeklagte Kacaroglu meldete sich daraufhin zu Wort und sagte, daß der Zeuge Mustafa Onen der Chef des Verhörteams gewesen sei, das die Häftlinge gefoltert habe. Er forderte das Gericht auf, seine Worte ins Protokoll zu übernehmen. Der Zeuge Onen wiederum führte aus, daß mit diesen Behauptungen die staatlichen Sicherheitskräfte beschuldigt werden. Am Ende der Verhandlung wurde beschlossen, ein Verfahren gegen den Angeklagten Kacaroglu wegen Beleidigung der militärischen und Sicherheitskräfte des Staates zu eröffnen.

## Internationale Beziehungen

Hürriyet vom 11.03.1983

#### Das Europaparlament versucht, sich der Wahrheit zu stellen

Der englische Parlamentarier James Spicer legte in der Türkei-Debatte des Europaparlaments einen Entschlie-

Bungsantrag vor. Der Antrag fordert die Freigabe der Finanzhilfe an die Türkei und die Belebung der Beziehungen zwischen der EG und der Türkei.

Cumhuriyet vom 12.03.1983

#### Das türkisch-deutsche Protokoll bringt zusätzliche 63 Millionen DM ein

Der Vorsitzende des internationalen Speditionsvereins, (UND), Saffet Ulusoy, erklärte: *'Das bilaterale Abkommen über den Straßenverkehr, das wir vorgestern mit der Bundesrepublik Deutschland geschlossen haben, bringt einen zusätzlichen Gewinn von 56 Millionen DM ein.'*

Cumhuriyet vom 12.03.1983

#### Absichtserklärung an die Weltbank für einen 300 Millionen Dollar-Kredit

Die Absichtserklärung, die dem vierten Kredit der Weltbank in Höhe von 300 Millionen Dollar als Grundlage dienen wird, wurde fertiggestellt. Die Experten der Weltbank wollen die Absichtserklärung mit dem Bericht, den sie noch verfassen werden, an den im Mai tagenden Vorstand der Weltbank weiterleiten.

Tercüman vom 13.03.1983

#### Die deutschen Firmen wurden zur Investition in der Türkei aufgefordert

Der Vorsitzende der Türkei-Abteilung bei der OECD, Dr. Rolf Geberth, hat bei einer Sitzung in Rom zum Ausdruck gebracht, daß die Türkei im Außenhandel einen nicht erwarteten Sprung nach vorne gemacht habe und heute imstande sei, die Zinsen ihrer Auslandsschulden in Höhe von 1,5 Milliarden Dollar abzuführen. Ferner sagte er: *'Die Türkei ist heute ein stabiles, vorbildliches Land, das die Weltbankkredite an richtiger Stelle einsetzen kann. Ich bin zuversichtlich, daß diese positive Entwicklung weitergehen wird.'* Darüber hinaus teilte Dr. Rolf Geberth mit, daß in der Türkei ideale Bedingungen für das ausländische Kapital geschaffen wurden.

Hürriyet vom 16.03.1983

#### Saudi-Arabien unterstützt unsere Flugzeugindustrie

Die seit Jahren andauernden Vorbereitungen für die Flugzeugindustrie sind in die Abschlußphase eingetreten. Die Verantwortlichen teilen mit, daß neben den USA auch Saudi-Arabien für die türkische Flugzeug- und Kriegsindustrie Interesse zeigt. Das Thema kam beim Besuch des Finanzministers Adnan Baser Kafaoglu in Cidde zur Sprache. Saudi-Arabien erklärte sich bereit, die Flugzeug- und Kriegsindustrie in der Türkei finanziell zu unterstützen.

Cumhuriyet vom 13.03.1983

#### Die Türkei erteilt den USA keine Erlaubnis für Stützpunkte der 'Mobilen Truppe'

Wie aus der Reagan-Administration nahestehenden Kreisen verlautete, hat die Türkei der 'Blitzsinsatztruppe' (Rapid Deployment Force) der Amerikaner keine Erlaubnis erteilt, den neu ausgebauten Flughafen in Mus als Stützpunkt zu benutzen. Genau wie die übrigen modernisierten 14 anderen Flughäfen wird der Flughafen von Mus nur NATO-Zwecken zur Verfügung stehen. Wie es in dem Artikel von Don Oberdorfer in der in Paris erscheinenden *International ...* (hier fehlt eine Zeile in der Zeitungsnachricht, tid) weiter heißt, ist die Erhö-

hung der amerikanischen Hilfe ein weiteres Indiz für die verbesserten Beziehungen zwischen Washington und Ankara. Hierbei wird der größte Teil der für 1984 vorgesehenen Hilfe in Höhe von 934 Millionen Dollar für militärische Zwecke verwendet werden (759 Millionen Dollar).

Obwohl der Beitrag der USA und NATO für den Ausbau der Flughäfen im Osten der Türkei noch nicht endgültig festgelegt wurde, wurde aus Kongreßkreisen bekannt, daß der Pentagon (Verteidigungsministerium) dafür 1 Milliarde Dollar zur Verfügung stellen will. Des weiteren wird berichtet, daß die Türkei von den USA die Lieferung von 291 modernen Kriegsflugzeugen vom Typ F-16 und F-18 gefordert hat. Die Zahl der Flugzeuge wurde später aber auf 160 reduziert und eine Lieferzeit von 10-12 Jahren vereinbart. Sollte die Lieferung im vollen Umfang realisiert werden, so würde die USA dafür 4-5 Milliarden Dollar aufbringen müssen. Dies übersteigt ihre derzeitigen Fähigkeiten. Aus diesem Grunde sollen zunächst nur 20-40 Kriegsflugzeuge geliefert werden.

Cumhuriyet vom 14.03.1983

#### Die USA wollen die 'Mobile Truppe' ohne Einschaltung der NATO einsetzen

Wie aus Brüssel verlautete, hegen die USA die Absicht, die 'Mobile Truppe' im Nahen Osten ohne Einschaltung der NATO einzusetzen. Dabei hatte es noch während der NATO-Sitzungen in den Jahren 1981 und 1982 geheissen, daß die USA solche Absichten nicht haben. Insbesondere bei den Sitzungen in Bonn und Brüssel im Jahre 1982 war eine Zusicherung seitens der USA in dieser Richtung gegeben worden.

Jetzt aber wird gemeldet, daß die Expertenkreise in Washington die Tendenz zeigen, die NATO erst einzuschalten, wenn die 'Mobile Truppe' zum Einsatz gekommen ist. Die Entwicklungen an diesem Punkt werden in Brüssel mit Spannung verfolgt.

Tercüman vom 18.03.1983

#### Im amerikanischen Kongreß wurde der Türkeibericht vorgelegt

In einem Bericht des amerikanischen Verteidigungsministeriums an den Kongreß werden die Ziele der Türkeihilfe erläutert. In dem Bericht, der im Einzelnen die Stellen aufführt, an denen das Geld verwendet werden soll, wird die Türkeipolitik der USA wie folgt beschrieben:

1. Fortsetzung der Verteidigungsbeziehungen zwischen der Türkei und den USA, die gemeinsame Interessen haben, sowie die Benutzung der Einrichtungen der

amerikanischen Streitkräfte fortzuführen.

2. Schutz der westlichen demokratischen Ordnung in der Türkei und Sicherung der Stabilität.

3. Anregung einer positiven türkischen Beteiligung, um Frieden und Stabilität im östlichen Mittelmeer zu sichern.

4. Rückkehr zur wirtschaftlichen Stabilität und Wachstum.

Hürriyet vom 22.03.1983

#### Die Produktion von 2 Kriegsschiffen in Deutschland ist in Gefahr

Die Produktion von 2 Kriegsschiffen vom Typ 'Meko 200', die die Türkei in Deutschland bestellt hat, ist gefährdet. Die Werften von Blohm & Voss sowie die Howaldtswerke Deutsche Werft, die das 900 Millionen DM Projekt angenommen hatten, haben zwar von der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung eine Garantie erhalten, aber die Hamburger Landesregierung wollte sich an der Garantie über 300 Millionen DM unter Hinweis auf die schlechte Haushaltslage nicht beteiligen. Die Zusagen des Kreditinstitutes Hermes hatten den Werften nicht ausgereicht, so daß sie sich an die Landesregierungen gewandt hatten.

Cumhuriyet vom 22.03.1983

#### US-Gewerkschafter führen verdächtige Aktivitäten in der Türkei fort

Der Vorsitzende der Gewerkschaft Yol-Is (Straßenbau), Muzaffer Sarac, hat in einer schriftlichen Presseerklärung darauf hingewiesen, daß das asiatische-amerikanische freie Arbeitsinstitut (AAFLI) verdächtige Aktivitäten in der Türkei entfaltet. In der Erklärung heißt es unter anderem: 'AAFLI ist seit vielen Jahren in der Türkei aktiv. Nachdem durch die Gewerkschaft der amerikanischen Automobilarbeiter aufgedeckt wurde, daß das Institut durch den CIA finanziert wird, hat Yol-Is mit diesem Institut alle Kontakte abgebrochen. Trotzdem ist diese Einrichtung weiter an genossenschaftlichen Aktivitäten beteiligt. Sie senden sogar einzelne Mitarbeiter der Yol-Koop in die USA, damit sie dort ausgebildet werden.'

Muzaffer Sarac verwies

Muzaffer Sarac verwies auch auf die Tatsache, daß AAFLI keine Eigeninitiative zur Gründung von Genossenschaften entwickelt habe, seine Personalpolitik aber von großen Persönlichkeiten und Institutionen geschützt werde. Hierzu will er später noch Einzelheiten bekanntgeben.

#### IMPRESSUM

TÜRKEI INFODIENST DER ALTERNATIVEN TÜRKEIHILFE

V.i.S.d.P. und Verleger: Michael Helweg, Postfach 7088, 4900 Herford

Einzelpreis: 1,50 DM

Abonnement 6 Monate = 20,- DM, 1 Jahr = 40,- DM

Kündigung des Abos: Bei 6 Monaten = 6 Wochen vor Ablauf; Bei 1 Jahr = 3 Monate vor Jahresende

Wird das Abo nicht gekündigt, verlängert es sich automatisch um den vereinbarten Zeitraum

Konten: Michael Helweg, Postscheckamt Hannover, Nr. 3981 01-304, BLZ: 250 100 30

Alternative Türkeihilfe, Kreissparkasse Herford, Nr. 1 000 008 613, BLZ: 494 501 20

Der 'türkei-infodienst' erscheint 14-tägig